

Erste Ausgabe
mit Anzeigen
der Lage nach der
Sonntags- und Feiertags-
tagen. Preis 10 Sgr.
1 Bogen. 2 Sgr.
monatlich 7 Sgr.
3 Bogen. 10 Sgr.
5 Sgr. 6 Pf.

Volks-Zeitung.

Wochenschrift 25 Sgr.
6 Bogen, 10 Bogen.
25 Sgr. 6 Pf. —
D. Abonn.-Preis
ist bei allen Post-
anstalten des Inl.
25 Sgr.; d. Russl.
1 Rbl. 8 Sgr. —
Inl. d. gest. Post-
zeitung 2 Sgr.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Nr 70.

Berlin, Dienstag den 23 März.

1858.

Zur Berichtigung.

In einer Zuschrift eines Freundes der „schönen Gegend“ Berlins wird es uns zu Gemüthe geführt, daß wir sehr mit Unrecht in der vorletzten Nummer unserer Zeitung den vorsorglichen Behörden derselben andere als rein lokale und durch die Noth gerechtfertigte Motive ihrer Petition an das Haus der Abgeordneten beigelegt und daß wir im Interesse Berlins und seines von der „Volks-Zeitung“ sonst vertretenen Arbeiterstandes gar nicht anders als die Berücksichtigung jener Petition besürworten könnten.

Es werden zur Rechtfertigung dieser Behauptung viele Gründe angegeben, die eine Widerlegung nicht verdienen, zwei derselben jedoch tragen den Stempel allgemeiner Begriffsverwechslung und Begriffsverwirrung so sehr an sich, daß wir es im Interesse des klareren Verständnisses wohl der Mühe werth halten, sie in Betracht zu ziehen.

Die Ortsvorstände der Umgebung Berlins, so wird behauptet, seien durch die Erfahrung dahin gedrängt worden, auch für diese kleinen Dörfer ein Einzugsgeld in Anspruch zu nehmen. Seit der Zeit, daß Niemand in Berlin sich ansässig machen kann, ohne ein beträchtliches Stück Geld vorweg zu zahlen, habe der ärmste Theil der Ansiedelung sich auf die kleinen Dörfer geworfen. Während der vermögendere Arbeiter nach der Residenz ziehe, wenn er nur das Einzugsgeld zahlen kann, vermehre sich die arme Bevölkerung der Dörfer ringsum so sehr, daß die Armen- und Kranken-Verwaltung dadurch zu leiden anfange. Die dringenden Ausgaben haben sich seit jener Zeit gesteigert. Die Nähe der Hauptstadt gewähre zwar im Anfange einige Arbeit; aber wenn der Arbeiter brodlos oder krank wird, liegt er der Landgemeinde zur Last, und um diese Last von sich abzuweisen, müsse man ein Mittel der Ausgleichung haben. Die Umgebung Berlins sei in zu großem Nachtheil; der Arbeiter, wenn er gesund ist, bringe Berlin Vortheil, und wenn er krank ist, falle er der Unterstützung der Landgemeinde anheim. Berlin nehme an vermögendern Familien, die Umgebung an ärmern zu; die berliner Kommunalkasse habe durch das Einzugsgeld ein Separat-Einkommen; der Umgebung fehle nicht nur die Hilfe, sondern auch die Schutzmauer derselben.

Ein zweiter Grund aber richtet sich gerade gegen die „Volks-Zeitung“. Diese, welche die Interessen der arbeitenden Bevölkerung sonst vertritt, soll in der beregten Frage von ihrem Prinzip abgefallen sein. Durch freien Zuzug werde der Arbeitslohn verringert, werde der ländlichen Be-

schäftigung Abbruch gethan und das Bodenprodukt, das Brod, vertheuert. Wer das Volkswohl im Auge hat, und billiges Brod und guten Arbeitslohn dem Volke wünscht, könne eben der Petition nur zustimmen.

Beide Gründe haben einen Schein von Wahrheit für sich, der sie gefährlich macht, und deshalb müssen wir das Verkehrte derselben recht energisch in's Licht zu stellen suchen.

Die Ortsvorstände dieser kleinen Dörfer begehen den Fehler, den sich auch die Verwaltungen größerer Institute und Kommunen zu Schulden kommen lassen. Sie beurtheilen den allgemeinen Zustand nach dem Maßstab ihrer kleinen engen Verwaltungs-Interessen.

Wir geben zu, daß die Ausgaben für Arme und Kranke sich nahe auf das Doppelte gesteigert haben mögen in den kleinen Dörfern um Berlin. Aber wer hiernach, nach der Kasse dieser Verwaltungen, den Wohlstand der Orte abmißt, der ist in einem ganz bitteren Irrthum. Der Wohlstand der Umgebung Berlins hat sich seit den letzten Jahren nicht nur verdoppelt, sondern vervierfacht. Die Grundstücke sind werthvoll geworden. Neubauten entstehen an allen Ecken und Enden; die Sommerwohnungen sind um ein Bedeutendes gestiegen. Wohnungs- und Gartenanlagen nehmen allenthalben zu; die Miethen stellen sich in ein ganz regelrechtes Verhältniß zu den gesteigerten Miethen in Berlin. Der ärmste Arbeiter, der sich da ansiedelt, muß eine kleine Wohnung haben, die er verhältnißmäßig theuer bezahlt. Die Zunahme der Bevölkerung, wenn sie auch die öffentliche Kasse der Gemeinde sehr in Anspruch nimmt, vermehrt dennoch den Wohlstand der Gemeinde selber. Der Grundbesitzer hat eine viel höhere Rente von seinem Besitz als sonst; der Ansässige gewinnt an Arbeitskräften; die Lokalitäten verschönern sich und locken die Vermögendern aus der Stadt auf's Land hinaus, wo sie den Bewohnern nicht wenig Vortheile gewähren. Der enge Stand der Gemeindefasse ist so wenig ein Maßstab für den Wohlstand, so wenig die Wohlthätigkeit eines Menschen ein Maßstab für seinen Reichthum ist. Gerade durch starken Zuzug sind die kleinen Orte reicher geworden, und die kleinen Verlegenheiten ihrer Kommunalkassen sind nicht im entferntesten ein Grund, ein wichtiges volkswirtschaftliches Prinzip der Freiheit, das Prinzip der Freizügigkeit zu vernichten.

Viel gefährlicher aber ist der Irrthum in der Anschauung dessen, was der wahre Volksfreund zu erzielen habe, und was man auch der Volkszeitung als Prinzip aufdrängen will.